

Liebe*r ...



die schwarz-gelbe Landesregierung hat in der letzten Legislaturperiode ein Gesetz durchgebracht, was als nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Demokratie verstanden werden kann.

Die CDU hat vielleicht kein Problem damit, wenn Demonstrationen verunmöglicht werden; wann gehen sie schon auf die Straße?

Aber für politisch aktive junge Menschen, denen Klimagerechtigkeit und der Kampf gegen rechts ein wichtiges Anliegen ist, ist dieses Gesetz eine riesige Hürde. Unser Engagement und auch das Engagement vieler anderer junger Menschen wird durch dieses Gesetz immer schwieriger. Menschen sind durch die undurchsichtigen Formulierungen im Gesetz verunsichert und meiden Kundgebungen und Aktionen.

Wir halten dieses Versammlungsgesetz darüber hinaus für verfassungswidrig, weil es die Versammlungsfreiheit in unverhältnismäßiger Weise einschränkt. Die Gesellschaft für Freiheitsrechte hat deswegen eine Verfassungsbeschwerde eingelegt. Das Recht sich friedlich zu versammeln und für politische Anliegen zu streiten ist Wesensmerkmal des demokratischen Systems.

Wir erwarten von demokratischen Grünen, dass sie die Grundrechte im demokratischen Staat schützen. Diese sind jedoch durch das Versammlungsgesetz verletzt.

Wir fordern dazu auf, alles dafür zu tun, um dieses Gesetz zu kippen. Gerade in Anbetracht der Klimakrise und der erstarkenden Rechten, ist progressives, zivilgesellschaftliches Engagement notwendiger denn je.

Gerne sind wir auch zum Dialog bereit. Gemeinsam können wir dieses Versammlungs-Verhinderungsgesetz zu Fall bringen.

Kämpferische Grüße

Linksjugend ...